

Quelle

Datum

Nicht nur vom Frieden reden - VON JOSEF JOFFE

Sommerquiz-Frage: Wer will das Grundgesetz ändern, um den Einsatz bundesdeutscher Soldaten auch außerhalb des NATO-Gebietes zu ermöglichen; wer hält lapidar dagegen? Ironischerweise sind es Sozialdemokraten, die das Gesetzesfundament neu gießen wollen, damit auch westdeutsche Uniformträger für die Vereinten Nationen an die Friedensfront ziehen können; der Sprecher der christlich-liberalen Koalition, Herbert Schmülling, widerspricht derlei Ansinnen mit altvertrauten Argumenten.

Grundgesetz und NATO-Vertrag - so Schmülling - stünden dagegen; überdies habe niemand in der UNO die Bundesrepublik aufgefordert, sich an einer Friedensstruppe zu beteiligen. Beide Argumente verdienen es, genauer unter die Lupe genommen zu werden. Wahr ist, daß niemand im New Yorker Glaspalast eine formelle Demarche unternommen hat. Wahr ist indes auch, daß der oberste UNO-Friedenstroupiere, der Stellvertretende Generalsekretär Marack Gouling, werbende Worte gesprochen hat, die sich von einem echten Antrag kaum unterscheiden: „Die Bundesrepublik ist ein sehr wichtiges Mitglied in den Vereinten Nationen und im Sicherheitsrat, und deshalb wäre es angemessen und begrüßenswert, wenn die Bundesrepublik sich für eine Beteiligung entscheiden würde.“

Der Bedarf ist also da; wie aber steht es um das Bedürfnis der Deutschen? Vorweg: Die Bundesrepublik ist bislang sehr gut mit ihrer weltpolitischen Abstinenz gefahren. Während die Verbündeten Gut und Blut rings um den Erdball in allerlei Interventionen opferten (der Indochinakrieg zehrte mehr auf, als Frankreich an Marshall-Plan-Hilfe erhielt), konnten die Deutschen ihr Sozialprodukt trefflich mehren. Der Rest der Welt ist jahrzehntelang zufrieden gewesen, daß die Erben Guderians und Rommels bloß daheim oder auf den Schießplätzen der Alliierten aufmarschiert sind. Auch das sollte nicht vergessen werden.

Doch die Welt ändert sich, und inzwischen fragt sich so mancher, ob denn die Bundesrepublik immer noch „kleiner“ sei - oder sich kleiner machen dürfe - als etwa das Viermillionen-Volk der Norweger oder 800 000 Fidschi-Insulaner, die jahrelang im Libanon (in der UNIFIL) Dienst zugunsten eines unruhigen Friedens geschoben haben. Sieben Friedensstruppen hat die UNO bislang in Marsch gesetzt; 550 Blauhelme sind dabei ums Leben gekommen. Mit anderen Worten: Kostenfrei ist der Friedensdienst nicht, und Glorie ist dabei auch nicht zu holen.

Wenn uns aber der Frieden so lieb und teuer ist, wie alle hierzulande von links bis rechts predigen, warum nicht auch Deutsche an die Friedensfront? Das Grundgesetz sei dagegen, heißt es ebenso regelmäßig wie unbekümmert. Diese Lesart ist

aber zumindest debattierwürdig und ist es um so mehr, als ihr Ursprung in einer politischen Entscheidung des Bundessicherheitsrates vom 3. November 1982 begraben liegt. Damals zog die Regierung Schmidt flugs Grundgesetzmauern auf (Einsatz nur, wenn die „Bundesrepublik selbst“ angegriffen wird), um so ein alliiertes Begehren nach einer deutschen Golf-Präsenz abzuwehren.

Steht Art. 24 GG zwischen den Deutschen und ihrer Friedensmission? Da heißt es hauptsächlich, daß sich der Bund „zur Wahrung des Friedens“ einem „System kollektiver Sicherheit einordnen“ kann. Und: Was ist die UNO im Kern, wenn nicht die ideale Vorstellung vom System der „kollektiven Sicherheit“, nach dem Motto: „Alle für einen, einer für alle.“ Der vielzitierte Art. 87a GG? Da heißt es, daß die Bundeswehr „außer zur Verteidigung“ nur da eingesetzt werden darf, wo das Grundgesetz es „ausdrücklich zuläßt“. Nur - so der einschlägige Kommentar von Mangoldt und Klein: „Das Schwergewicht der Vorschrift“ liege auf der „Begrenzung des Einsatzes“ im Inneren. Überdies gelte grundsätzlich die „Unterstellung der deutschen Außenpolitik unter das Völkerrecht“, welches - unter anderem auch von der UNO bestimmt - bekanntlich das Selbstverteidigungsrecht außerordentlich generös interpretiert.

Womöglich läuft also das Ansinnen der SPD-Strategen Hermann Scheer und Norbert Gansel schlicht ins Leere, vielleicht ist eine Grundgesetzänderung zugunsten deutscher Blauhelme gar nicht nötig. Not aber tut eine politische Debatte, in der sich die Westdeutschen klarwerden, was denn 43 Jahre danach ihre Verantwortung in der Welt sei - und da liegt ein breiter Konsens zwischen den Parteien näher als den Worten Schmüllings auf ersten Blick zu entnehmen ist. Immerhin gehört auch Verteidigungsminister Scholz (CDU), zu denen, die ernsthaft über ein UNO-Engagement nachdenken.

Kaum einer würde heute bestreiten, daß die Bundesrepublik (in der Mittelmacht-Liga) mächtig sei; wer kann bestreiten, daß Macht Verantwortung zeuge? Kann die Bundesrepublik weniger Verantwortung tragen als etwa das neutrale und ebenfalls geschlagene Österreich, das seine Soldaten dem blauen Banner unterstellt hat? Macht ist ja nicht als solche böse, auch wenn die Deutschen die ihre in der jüngeren Geschichte aufs Schlimmste mißbraucht haben. „Das Problem der Macht“, schrieb Robert F. Kennedy, „ist es, sie der Verantwortung zu unterwerfen und zu verhindern, daß sie der Skrupellosigkeit und Selbstbefriedigung anheimfällt.“ Wer, wie so viele Deutsche, den Frieden als höchstes Gebot betrachtet, der kann sich kaum anderes wünschen, als ein Quentchen seiner Macht der Verantwortung für den Frieden zu unterstellen. 4